

Inhaltsverzeichnis

1. Henning Otte	
2. Rheinmetall	
3. Förderkreis Deutsches Heer	
4. Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik	

Henning Otte

Henning Otte (*27. Oktober 1968 in Celle), Verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie Mitglied im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestags und im Parlamentskreis Luft- und Raumfahrt, setzt sich regelmäßig für die Interessen der Rüstungsindustrie ein (höhere Verteidigungsausgaben und weniger Beschränkungen für Rüstungsexporte). Das Rüstungsunternehmen [Rheinmetall](#) produziert Panzer am Standort Unterlüß, der im Wahlkreis von Otte liegt.

Otte war bis 2023 Vizepräsident des [Förderkreis Deutsches Heer](#) und war bis 2017 Stellv. Präsident der [Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik](#). Diese Organisationen, in denen neben Bundestagsabgeordneten auch Rüstungsfirmen aktive Mitglieder sind, dienen der Rüstungslobby als Netzwerke für Kontaktpflege und Interessenvermittlung.^[1] In ihnen finden sich auch Firmen wieder, die sich Aufträge von der Bundeswehr erhoffen und auf Exportgenehmigungen für Rüstungsexporte angewiesen sind. In beiden Organisationen ist u.a. [Rheinmetall](#) Mitglied.

Auf Einladung von Otte tagt im Rhythmus von eineinhalb Jahren der "Celler Dialog", ein Spitzentreffen von Politik, Bundeswehr und Rüstungswirtschaft, das von der [Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik](#) (DWT) und deren Studiengesellschaft organisatorisch unterstützt wird.^[2] Nach mehrjähriger Pause beschloss Henning Otte gemeinsam mit der Studiengesellschaft der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik, den Celler Dialog vom 05.-06.05.2025 wieder aufleben zu lassen.^[3]

Inhaltsverzeichnis

1 Ausbildung/Karriere	2
2 Deutscher Bundestag	3
3 Verbindungen / Netzwerke	3
4 Einsatz für die Rüstungswirtschaft	3
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	3
6 Einzelnachweise	3

Ausbildung/Karriere

- 2025 Teilnahme an Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD 2025, Arbeitsgruppe Außen und Verteidigung, Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte
- seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestags
- bis 2012 Prokurist in einem mittelständischen Stahlbauunternehmen (Cornils GmbH)
- Jura-Studium an der Universität Hamburg
- Angestellter bei der Sparkasse Celle
- Ausbildung zum Sparkassenkaufmann
- Ausbildung zum Reserveoffizier
- Abitur

Quellen: ^[4]^[5]

Deutscher Bundestag

- Verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion
- Mitglied im Verteidigungsausschuss
- Stellv. Mitglied im Auswärtigen Ausschuss
- Mitglied im Parlamentskreis Mittelstand sowie Luft- und Raumfahrt
- Stellv. Vorsitzender CDU-Bundesfachausschuss Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik
- Sprecher des Gesprächskreises Jagd, Fischerei und Natur der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Quelle: ^[6]

Verbindungen / Netzwerke

- Stellv. Präsident [Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik](#) bis 2017
- Vizepräsident des [Förderkreis Deutsches Heer](#) bis 2023

Einsatz für die Rüstungswirtschaft

Otte unterstützte immer wieder die Forderungen nach mehr Finanzmitteln für die Bundeswehr und kritisierte geplante Einschränkungen von Rüstungsexporten.^{[7][8]} Er forderte 2013 die zusätzliche Anschaffung von Panzern, die unter anderem von der Firma [Rheinmetall](#) in seinem Wahlkreis in Unterlüß produziert werden.^[9] Otte sprach sich 2014 für den umstrittenen Verkauf von Leopard-2-Panzern an Saudi-Arabien mit dem Argument aus, diese könnten eine stabilisierende Wirkung in einer unruhigen Region haben.^[10]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ [Christina Deckwirth, Fragwürdige Ehrenämter: Die Rüstungslobby im Bundestag, LobbyControl vom 14. August 2014](#), abgerufen am 20. 06. 2015
- ↑ [Wehrtechnik im Dialog Veranstaltungsplanung 2016 - 2018](#), Studiengesellschaft der DWT mbH, dmkn.de/wp, abgerufen am 26.10.2016
- ↑ [Startschuss für den Celler Trialog 2025](#), www.henning-otte.de, abgerufen am 25.03.2025
- ↑ [Profil auf seiner Homepage](#), abgerufen am 20. 06. 2015
- ↑ [Liste der Teilnehmer an den Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD 2025](#), wikipedia.org, abgerufen am 23.03. 2025
- ↑ [Profil auf seiner Homepage](#), abgerufen am 20. 06. 2015
- ↑ [Henning Otte: „Die CDU steht zu unserer Bundeswehr.“](#), home.cdu.de, 12.03.2024, abgerufen am 25.03.2025
- ↑ [Waffengeschäfte in aller Welt](#), henning-otte.de, 28.07.2014, abgerufen am 25.03.2025
- ↑ [Rheinmetall baut aus, Cellesche Zeitung vom 22. Mai 2013, S. 13](#), Homepage von Otte, abgerufen am 20. 06. 2015

10. ↑ [Rüstungsdeal mit Saudi-Arabien Unterstützung bei der Stabilisierung](#)⁴, deutschlandfunk.de, 15.04.2014, abgerufen am 20.06.2015

Rheinmetall

Die **Rheinmetall AG** ist eine der führenden deutschen Hersteller von Rüstungsgütern.^[1] Die Firma profitiert oft von staatlichen Aufträgen und betreibt Lobbyismus auf Bundes- und EU-Ebene. Dabei hat sie über Verbände und Netzwerkvereine wie den [Förderkreis Deutsches Heer](#), die [Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik](#), den [Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie](#), den [Wirtschaftsrat der CDU](#) oder das [Wirtschaftsforum der SPD](#) direkten Draht zu Politiker:innen.

Das Bundeskartellamt genehmigt im Januar 2025 die Gründung eines Joint Ventures zwischen der Rheinmetall AG und [Aerospace, Defence and Security | Leonardo](#) Zu gleichen Teilen sind die Unternehmen an dem Joint Venture [Leonardo - Rheinmetall Military Vehicles](#) beteiligt.

Im Februar 2025 wurde durch eine ZEIT Recherche bekannt, dass eine Tochterfirma von Rheinmetall im Januar 2025 mindestens acht Abgeordneten, die in Haushalts- und Verteidigungsausschüssen an der Vergabe von Rüstungsaufträgen beteiligt waren, Geld für ihren Wahlkampf geboten hatte.^[2]

Seit Mai 2025 ist Sigmar Gabriel (SPD, Bundesminister a.D.) Mitglied im Aufsichtsrat.

In der Vergangenheit kam es zu mehreren Seitenwechseln von Abgeordneten zur Rheinmetall AG.

Im Mai 2017 wurde der ehemalige Bundesverteidigungsminister und zeitweise Bundesarbeitsminister [Franz-Josef Jung](#) (CDU) in den Aufsichtsrat von Rheinmetall gewählt.

Seit Januar 2015 ist der ehemalige Entwicklungsminister [Dirk Niebel](#) (FDP) als Cheflobbyist für Rheinmetall tätig.

Rheinmetall AG	
Branche	Automobil- /Rüstungsindustrie
Hauptsitz	Rheinmetall Platz 1, 40476 Düsseldorf
Lobbybüro Deutschland	
Lobbybüro EU	Square de Meeûs 21, 1050 Brüssel
Webadresse	www.rheinmetall.com

Inhaltsverzeichnis

1 Geschäftsfelder und Finanzen	5
2 Unternehmensstruktur	5
2.1 Vorstand	5
2.2 Aufsichtsrat	5
2.3 Cheflobbyist	6
2.4 Angaben im Lobbyregister der EU	6
2.5 Angaben im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag	6
2.6 Mitgliedschaften	6
3 Fallbeispiele und Kritik	7
3.1 Spenden an Abgeordnete des Verteidigungs- und Haushaltsausschuss von Rheinmetall-Tochter Blackned 2025	7
3.2 Lobbytätigkeit zum geplanten Rüstungsexportkontrollgesetz 2022-2025	7
3.3 Rüstungsexporte an Saudi-Arabien nach November 2018	8
3.4 Geplantes Gefechtsübungszentrum in Russland 2011 - 2014	9

3.5 Ermittlungen des indischen Central Bureau of Investigation zu Bestechungszahlungen durch Rheinmetall (2009 und 2011)	9
3.6 Schmiergeldzahlungen an griechische Vermittler durch Tochterunternehmen (2001-2011)	10
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	10
5 Weiterführende Links	10
6 Einzelnachweise	10

Geschäftsfelder und Finanzen

Die Rheinmetall AG mit Sitz in Düsseldorf ist auf dem Gebiet der Automobilzulieferung und der Verteidigungstechnik tätig. 2024 lag der Konzernumsatz bei 9,75 Milliarden Euro (35,9% mehr als im Vorjahr).^[3] Die Rheinmetall AG beschäftigt über 31.000 Mitarbeitende.^[4]

Zum 1. März 2026 hat Rheinmetall die Übernahme des militärischen Bereichs von [Naval Vessels Lürssen](#) (NVL B.V. & Co. KG), Bremen-Vegesack, abgeschlossen.^[5] Die NVL war eine privat geführte Werftengruppe mit vier Werften in Norddeutschland (Peene-Werft / Wolgast, Blohm+Voss und Norderwerft/ Hamburg, Neue Jadewerft/ Wilhelmshaven) sowie internationalen Standorten. Sie beschäftigt gut 2.100 Mitarbeitende weltweit, erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2024 einen Umsatz von rund 1 MrdEUR und gilt als Vorreiter in der Forschung und Entwicklung autonomer maritimer Überwassersysteme.

Unternehmensstruktur

Vorstand

- Armin Papperger (Vorstandsvorsitzender), Präsident des [Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie](#) (BDSV)
- Vera Saal
- Klaus Neumann
- René Gansauge

(Stand: März 2025)

Quelle:^[6]

Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind [hier](#) abrufbar.

- Im Mai 2025 ist Sigmar Gabriel (Bundesminister a.D.) von der Hauptversammlung in den Aufsichtsrat gewählt werden.
- 2017 wurde Franz-Josef Jung (CDU), ehemaliger Bundesverteidigungsminister (2005 bis 2009), noch während seines Bundestagsmandats in den Aufsichtsrat gewählt.^[7]

Cheflobbyist

2014 wurde [Dirk Niebel](#) (FDP) zum Cheflobbyisten von Rheinmetall ernannt (offizielle Zuständigkeit: Beratung der Mitglieder des Konzernvorstands in allen Fragen und Aufgaben der internationalen Strategieentwicklung und beim Ausbau der globalen Regierungsbeziehungen).^{[8][9]}

Niebel war von 2009 bis 2013 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und ist seit 2014 als selbstständiger Politik- und Unternehmensberater (Niebel International Consulting) tätig.^[10]

Der Seitenwechsel zur Rheinmetall AG sorgte öffentlich für Empörung, da Niebel während seiner Zeit als Minister Mitglied im Bundessicherheitsrat war und somit auch an Entscheidungen über Waffenexporte und Genehmigungen für Projekte u.a. von Rheinmetall beteiligt war.^[11]

Angaben im Lobbyregister der EU

Person mit rechtlicher Verantwortung des Lobby-Büros in Brüssel ist

- [Charles Philippe Dijon de Monteton](#)

Die Ausgaben von Rheinmetall für in den Anwendungsbereich des Transparenzregisters der EU fallende Tätigkeiten lagen im Jahr 2024/2025 zwischen 500.000 und 599.000 Euro.^[12] Es waren 9 Lobbyisten beschäftigt (Vollzeitäquivalent 8,3)

Angaben im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag

2024 betragen die Ausgaben im Bereich der Interessenvertretung 1.420.001 bis 1.430.000 Euro. Es waren 12 Lobbyisten beschäftigt.

Mitgliedschaften

Rheinmetall ist Mitglied in den folgenden Organisationen:

- [Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V. \(BDSV\)](#)
- [Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie \(BDLI\)](#)
- [Förderkreis Deutsches Heer](#)
- [Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik](#)
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)
- [Grüner Wirtschaftsdialog](#)

Fallbeispiele und Kritik

Spenden an Abgeordnete des Verteidigungs- und Haushaltsausschuss von Rheinmetall-Tochter Blackned 2025

Im Februar 2025 wurde durch Recherchen der Zeit bekannt, dass die Rheinmetall AG im Januar 2025 über ihre Tochtergesellschaft Blackned GmbH acht Abgeordneten des Deutschen Bundestages aus dem Haushalts- und Verteidigungsausschuss Spenden angeboten hatte. Diese Zuwendungen wurden mit der Begründung getätigt, die Abgeordneten seien aufgrund ihrer Ausschusszugehörigkeit in wichtigen Entscheidungen zu Verteidigungsprojekten eingebunden. ^[2]

Peter Obermark – Director Governmental Affairs der Blackned GmbH – soll den Vorgang bestätigt haben. ^[2]

Die Spenden, die sich laut Obermark auf jeweils unter 2.000€ belaufen haben sollen, flossen zwischen der Behandlung von zwei wichtigen Verteidigungsprojekten im Haushaltsausschuss des Bundestages. Im Dezember 2024 wurde dort ein Projekt zur IT-Systemintegration, im Wert von 1,2 Milliarden Euro gebilligt (Auftragsnehmerinnen sind anteilig Rheinmetall Electronics und die Tochterfirma Blackned GmbH) und im Januar 2025 ein Projekt zur Entwicklung eines taktischen Wide Area Networks für landbasierte Operationen genehmigt (Gesamtvertragswert 5,5 Milliarden Euro, davon rund 40 Millionen Euro für Blackned). ^[2]

Die Spendenpraxis wurde von einigen Abgeordneten, darunter dem Grünen-Politiker Sebastian Schäfer, der eine Spende von Blackned zurückgewiesen hatte, scharf kritisiert. Die Gruppe BSW reichte im Februar 2025 einen Antrag bei der Bundestagspräsidentin ein, indem sie darum bat, die Spenden veröffentlichen und prüfen zu lassen. ^[13]

Lobbytätigkeit zum geplanten Rüstungsexportkontrollgesetz 2022-2025

Im Koalitionsvertrag beschloss die Ampelregierung, ein Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG) erarbeiten zu wollen. Ziel des REKGs war es laut Wirtschaftsministerium (BMWK), die „restriktive Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung erstmals ausdrücklich gesetzlich“ festzuschreiben und verschiedene existierende Regeln und Richtlinien zu vereinheitlichen ^[14]. Das Gesetz sollte auch Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit mehr Gewicht verleihen, sowie die europäische Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich stärken.

Am 14.10.2022 veröffentlichte das BMWK ein [Eckpunktepapier](#) für das REKG. Wesentliche Regelungsvorschläge waren:

- Schaffen eines verbindlichen Kriterienkatalogs für Rüstungsexportentscheidungen
- Erweiterung des Menschenrechtskriteriums
- Stärkung der Zusammenarbeit mit europäischen Partnerländern
- Ausweitung der Überwachung des Endverbleibs exportierter Rüstungsgüter durch Post-Shipments-Kontrollen und Einrichtung einer zugehörigen Meldestelle im Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)
- Umstellung der bisherigen zweifachen Genehmigungserfordernis bei der Ausfuhr von Kriegswaffen nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz und dem Außenwirtschaftsgesetz auf ein Verfahren
- Erhöhte Transparenz, z.B. durch die Einführung einer recherchierbaren Datenbank
- Bekämpfung von Korruption

- Beschleunigte Verfahren durch mehr Personal und Sachmittel für das BAFA

Während der Ausarbeitung des REKGs im Wirtschaftsministerium fanden mehrere Konsultationen mit Vertreter*innen der Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft statt^[15]. Basierend auf den Stellungnahmen dieser Akteure fanden Ende November 2022 zwei Fachgespräche statt. Vertreten waren dort unter anderen Rheinmetall, Airbus, Thyssenkrupp, der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), die IG Metall, Amnesty International und die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP). Die komplette Liste der Teilnehmenden ist [hier](#) einsehbar.

Die Entscheidung, durch das REKG eine restriktive Exportpolitik gesetzlich festzuschreiben, war von Zivilgesellschaft und Wissenschaft begrüßt worden. Dennoch kritisierten zahlreiche Nichtregierungsorganisationen und auch wissenschaftliche Institute wie das Peace Research Institute Frankfurt (PRIF) das REKG-Eckpunktepapier als unzureichend, vor allem in Bezug auf das fehlende Verbandsklagerecht.^{[16][17][18]} Die Rüstungsindustrie sprach sich von Anfang an großteils gegen das REKG aus. So auch Rheinmetall.

Rheinmetall beteiligte sich am 06.04.2022 an einem Fachgespräch zum REKG.^[19] Das Unternehmen kritisierte die bestehende Rechtsunsicherheit und fehlende Planbarkeit für die Branche und stellte infrage, ob das REKG überhaupt notwendig sei. Der Konzern forderte zudem eine Differenzierung zwischen Transparenz und Veröffentlichung, um die Interessen der Empfängerstaaten zu wahren und warnte vor einer Isolierung Deutschlands in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die EU bleibe nur dann relevant, wenn die Mitgliedstaaten in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zusammenstehen.

Neben Rheinmetall lobbyierten unter anderem die folgenden Konzerne und Verbände gegen das REKG und eine restriktive Rüstungsexportpolitik: Airbus, der Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV), der Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI).

Mit dem vorzeitigen Bruch der Ampel-Koalition, verkündete die Bundesregierung im Februar 2025, man werde das geplante REKG in der verkürzten Legislaturperiode nicht weiterverfolgen.^[20]

Rüstungsexporte an Saudi-Arabien nach November 2018

2018 berichteten der Stern und das ARD-Magazin Report München, dass Rheinmetall trotz eines Waffenexportverbots der Bundesregierung über Tochterfirmen in Italien und Südafrika weiterhin Wehrprodukte nach Saudi-Arabien lieferte. Der Wert der Lieferungen soll sich 2018 auf über 100 Millionen Euro pro Jahr belaufen haben.^[21]

Die staatliche Rüstungsholding Saudi-Arabian Military Industries (SAMI) wurde von 2017 bis 2020 vom ehemaligen Rheinmetall-Vorstand Andreas Schwer geführt.^[21] Mindestens drei weitere ehemalige Rheinmetall-Führungskräfte sollen zu der Zeit ebenfalls für SAMI tätig gewesen sein. 2018 soll SAMI unter der Führung Schwers versucht haben, den südafrikanischen Rüstungskonzern Denel zu übernehmen. Dieser hält auch Anteile an einem Gemeinschaftsbetrieb mit Rheinmetall (Rheinmetall Denel Munition).^[22]

Wegen des Waffenembargos gegenüber Saudi-Arabien drohte Rheinmetall dem Wirtschaftsministerium in einem Brief im Januar 2019 mit einer Klage auf Schadensersatzzahlungen für Umsatzausfälle von ursprünglich genehmigten Exporten.^[23]

Das Waffenexportverbot nach Saudi Arabien, das aufgrund der Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi, sowie der Beteiligung des Regimes am Jemen-Krieg in Deutschland seit Ende 2018 bestand, wurde 2024 durch Export-Genehmigungen für Kampffjets und Raketen formal aufgehoben.^[24]

Geplantes Gefechtsübungszentrum in Russland 2011 - 2014

2011 schlossen Rheinmetall und der staatliche russische Rüstungskonzern Oboronservice AG einen Vertrag zur Errichtung eines hochmodernen Gefechtsübungszentrums im russischen Mulino ab. Rheinmetall sollte die Bauteile liefern. Das Exportvorhaben von Rheinmetall wurde 2011 von der damaligen Bundesregierung (CDU und FDP) gebilligt. Rheinmetall schrieb über das Projekt auf dessen Homepage: „Damit wird in der Wolga-Region bis 2014 die weltweit modernste Trainingsbasis mit simulationsgestützter Ausbildung entstehen, in der pro Jahr bis zu 30.000 Soldaten ausgebildet werden können.“^[25]

Im Frühjahr 2014 wurde die Exportgenehmigung von dem neuen Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) aufgrund der Annexion der Krim durch Russland jedoch zurückgezogen. Rheinmetall forderte von der Bundesregierung daraufhin 130 Millionen Euro Schadensersatz und argumentierte damit, dass der Deal auch von der Bundesregierung „massiv unterstützt“ worden sei. Ein Eilverfahren wurde jedoch zurückgewiesen. Das Projekt wurde schließlich von der Oboronservice AG fertiggestellt.^[25]

2024 sichtete WDR Investigativ geheime Prozessunterlagen aus dem Jahr 2014, die Pläne für weitere Ausbildungsanlagen in einem Wert von insgesamt einer Milliarde Euro beinhalten sollen und eine enge Zusammenarbeit zwischen Rheinmetall, der Bundeswehr und der Bundesregierung bei damaligen Rüstungsvorhaben nahelegen.^[25]

So sollen die Pläne für das Gefechtszentrum 2009 „maßgeblich unter Beteiligung des Verteidigungsministeriums“, das damals unter Führung von Franz-Josef Jung (CDU) stand, entworfen worden sein. Seit Mai 2017 sitzt Jung im Aufsichtsrat der Rheinmetall AG.^{[25][7]}

Der spätere Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) soll sich bei seinem einzigen Besuch in Moskau im September 2011 auch mit dem Chef der „Oboronservice AG“ getroffen haben. Später teilte er mit, dass Deutschland ein Interesse „an einer modernen russischen Armee, die gut geführt ist“ habe. Deutsche Soldaten sollen zudem mehrmals in Mulino zu Besuch gewesen sein, um russische Soldaten in die „neue Technik einzuweisen“.

Ermittlungen des indischen Central Bureau of Investigation zu Bestechungszahlungen durch Rheinmetall (2009 und 2011)

Die Rheinmetall-Tochter Rheinmetall Air Defence (RAD) mit Sitz in Zürich soll nach Auffassung des indischen Central Bureau of Investigation (CBI) gemeinsam mit SAN Swiss Arms im Jahr 2009 Luftabwehrgeschütze im Wert von 2,5 Milliarden Dollar an Indien verkauft und dafür Bestechungsgelder in Höhe von 26 Tausend Euro an einen früheren Verantwortlichen der zentralen Rüstungsbeschaffung gezahlt haben.^[26]

Die indischen Behörden setzten Rheinmetall daraufhin auf eine schwarze Liste und schlossen den Konzern von 2012 bis 2022 von Rüstungsgeschäften mit Indien aus. 2011 soll Rheinmetall laut Ermittlungen der indischen Behörden einem indischen Waffenhändler und Lobbyisten 400.000 Euro überwiesen haben, um das indische Verteidigungsministerium dazu zu bewegen, Rheinmetall von der schwarzen Liste zu streichen.^[27] Die Vorwürfe werden von Rheinmetall bestritten.

Schmiergeldzahlungen an griechische Vermittler durch Tochterunternehmen (2001-2011)

Im Januar 2014 berichtete der *Spiegel* von Ermittlungen deutscher und griechischer Staatsanwälte gegen Rheinmetall wegen Steuerhinterziehung und Bestechung.^[28] Der frühere Griechenland-Repräsentant der Rheinmetall-Tochter STN Atlas, **Panagiotis Efstathiou**, soll beim Verkauf von U-Boot-Ausrüstung und einem Flugabwehrsystem Militärs und Beamte des griechischen Verteidigungsministeriums mit mehreren Millionen Euro geschmiert und dafür Provisionsgelder erhalten haben.^[29] Das Unternehmen soll hierfür insgesamt rund 42 Millionen Euro aufgewendet haben.^[30]

Die Vorwürfe wurden zunächst von Rheinmetall bestritten, 2014 gab der Konzern zum Abschluss des Verfahrens der Bremer Staatsanwaltschaft jedoch zu, Schmiergelder gezahlt zu haben und forcierte im Nachgang auch die interne Aufklärung.^[31]

Rheinmetall wurde in dem Fall mit einem Bußgeld von 37 Millionen Euro belegt. Schadensersatzansprüche gegen drei Ex-Vorstände, darunter Ex-Konzernchef **Klaus Eberhard**, denen wegen der Schmiergeldaffäre Organisationsversagen vorgeworfen wurde, wurden über einen Vergleich in Höhe von 6,75 Millionen Euro mit deren Haftpflichtversicherungen für Rheinmetall erledigt.^[32]

Dabei gab der Konzern an, dass der Schaden des Unternehmens sich insgesamt auf 90 Millionen Euro belaufe (42 Millionen Euro Provision an den griechischen Vermittler, Geldbuße von über 37 Millionen Euro sowie gut vier Millionen Euro für die eigene Aufklärung und Anwälte).^[32]

Der ehemalige griechische Verteidigungsminister (1996 - 2001) **Akis Tsochadzopoulos** wurde zu einer Freiheitsstrafe von 20 Jahren verurteilt, für den Vermittler Efstathiou wurden neun Jahre auf Bewährung ausgesprochen.^[33]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Weiterführende Links

- [NGO: German firms mired in worst Greek corruption scandals since WWII](#), Euractiv.de vom 31.08.2015.

Einzelnachweise

- ↑ globaler Vergleich: [Top 100Rüstungsunternehmen weltweit nach Umsatz im Rüstungsbereich von 2015 bis 2020](#), statista.com, abgerufen am 21.01.2022.
- ↑ ^{2,02,12,22,3} [Wollte sich eine Rheinmetall-Tochter Abgeordnete gewogen machen?](#), zeit.de, 11.02.2025, abgerufen am 27.03.2025
- ↑ [Rheinmetall AG](#), statista.com vom 19.01.2022, abgerufen am 28.12.2023.
- ↑ [Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter](#), rheinmetall.com, abgerufen am 27.03.2025
- ↑ [rheinmetall-uebernimmt-nvl](#), rheinmetall.com vom 02.03.2026, abgerufen am 18.05.2026
- ↑ [Der Vorstand der Rheinmetall AG](#), rheinmetall.com, abgerufen am 27.03.2025

7. ↑ ^{7,07,1} [Ex-Verteidigungsminister Jung ist neuer Aufsichtsrat](#), spiegel.de, 10.05.2017, abgerufen am 25.03.2025
8. ↑ [Pressemitteilung Rheinmetall vom 1. Juli 2014](#), [Webseite Rheinmetall](#), abgerufen am 2. Juli 2014, archiviert am 8.7.2014, zuletzt aufgerufen am 26.5.2016
9. ↑ [Germany promises change as arms sales draw scrutiny](#), Reuters.com vom 23.07.2014, abgerufen am 21.01.2022.
10. ↑ [Curriculum Vitae von Dirk Niebel](#), niebel-international-consulting.de, abgerufen am 27.03.2025
11. ↑ [Timo Lange: Dreister Seitenwechsel: Dirk Niebel wird Rüstungslobbyist bei Rheinmetall](#), [Stellungnahme von Lobbycontrol vom 1. Juli 2014](#), [Webseite Lobbycontrol](#), abgerufen am 25. 7. 2014
12. ↑ [EU Transparenzregister](#), transparency-register.europa.eu, abgerufen am 27.03.2025
13. ↑ [Weitere Rüstungsspenden an Politik](#), zeit.de, 20.02.2025, abgerufen am 27.03.2025
14. ↑ [BMWK Erarbeitung eines Rüstungsexportkontrollgesetzes](#), bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 20.04.2026
15. ↑ ["Regelung der Rüstungsexporte: Gesetz mit Schlupflöchern"](#), taz.de, abgerufen am 20.04.2026
16. ↑ [Stellungnahme Greenpeace zum REKG](#), bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 22.04.2026
17. ↑ [Pressemitteilung Terre des Hommes](#), tdh.de, abgerufen am 22.04.2026
18. ↑ [PRIF Blog: Der Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP zur Außen- und Sicherheitspolitik](#), blog.prif.org, abgerufen am 20.04.2026
19. ↑ [Fachgespräch REKG am 06.04.2022](#), bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 20.04.2026
20. ↑ [Rüstungsexportkontrollgesetz wird nicht weiter verfolgt](#), bundestag.de, abgerufen am 10.04.2026
21. ↑ ^{21,021,1} [Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien gehen indirekt weiter](#), stern.de, 04.12.2018, abgerufen am 27.03.2025
22. ↑ [So helfen Deutsche, Saudi-Arabien aufzurüsten – allen Sanktionen zum Trotz](#), stern.de, 18.12.2018, abgerufen am 27.03.2025
23. ↑ [Rheinmetall droht Bundesregierung mit Klage](#), ntv.de vom 20.01.2019, abgerufen am 20.01.2022.
24. ↑ [Deutschland genehmigt Waffenlieferungen an Saudi-Arabien](#), tagesschau.de, 10.01.2024, abgerufen am 27.03.2025
25. ↑ ^{25,025,125,225,3} [Geplatzte Milliardenräume](#), tagesschau.de, 03.03.2024, abgerufen am 27.03.2025
26. ↑ [Lukas Häuptli: Rüstungsfirmen unter Korruptionsverdacht](#), Neue Zürcher Zeitung online vom 27. Oktober 2013, [Webseite](#) abgerufen am 28. 7. 2014
27. ↑ [Korruptionsverdacht bei Rheinmetall](#), n-tv.de, 30.08.2013, abgerufen am 27.03.2025
28. ↑ [Schmiergeldermittlungen in ehemaligem Unternehmen von BDI-Präsident Ulrich Grillo](#), SPIEGEL vom 26. Januar 2014, [Webseite Spiegel](#), abgerufen am 25. 7. 2014
29. ↑ [Rheinmetall gibt Bestechung bei Rüstungsdeal zu](#), Zeit.de vom 10.12.2014, abgerufen am 21.01.2022.
30. ↑ [Rheinmetall schließt Millionen-Vergleich in Panzer-Korruptionsaffäre](#), Welt.de vom 20.04.2019, abgerufen am 21.01.2022.
31. ↑ [Rheinmetall gibt Bestechung bei Rüstungsdeal zu](#), Süddeutsche Zeitung.de vom 10.12.2014, abgerufen am 21.01.2022.
32. ↑ ^{32,032,1} [Rheinmetall schließt Millionen-Vergleich in Panter-Korruptionsaffäre](#), Welt.de vom 20.04.2019, abgerufen am 21.01.2022.
33. ↑ [The Greek Submarine Scandal](#), Corruption-Tracker.org vom 27.11.2020, abgerufen am 21.01.2022.

Förderkreis Deutsches Heer

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Förderkreis Deutsches Heer

Der **Förderkreis Deutsches Heer (FKH)** ist ein Netzwerkverein der deutschen Rüstungsindustrie und verschafft seinen Mitgliedern privilegierte Zugänge zu Mitgliedern des Deutschen Bundestages. Damit ähnelt der FKH der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik und - mit Abstrichen - der Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V. (GSP)



Mitgliedsunternehmen des FKH sind u.a. Rheinmetall, Heckler & Koch, Krauss-Maffei Wegmann, Diehl, Airbus, Boeing, friedrich30 und ZF Friedrichshafen.

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Lobbytätigkeit für die Rüstungsindustrie
Gründungsdatum	1985
Hauptsitz	Adenauerallee 15, 53111 Bonn
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.fkhev.de

Im dreiköpfigen Vorstand des FKH sitzt Joe Weingarten, bis 2025 MdB für die SPD und Mitglied im Verteidigungsausschuss im Deutschen Bundestag. Im Vereinspräsidium sind weiter Mitglieder des Verteidigungsausschusses vertreten: Wolfgang Hellmich (SPD), Reinhard Brandl (CSU), sowie bis November 2023 dessen ehemalige Vorsitzende Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP).

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	13
2 Lobbystrategien und Einfluss	13
3 Fallstudien und Kritik	13
3.1 2023: Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) zur Mitgliedschaft im Förderkreis Deutsches Heer e.V. ...	13
3.2 2018: Lars Klingbeil (SPD) zur Mitgliedschaft im Förderkreis Deutsches Heer e.V.	14
3.3 2010: Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE	14
3.4 2009: Bundestagsabgeordnete nehmen Einfluss auf einen staatlichen Rüstungsauftrag	15
3.5 2009: Abgeordnete verschweigen Mitgliedschaft im FKH	15
4 Organisationsstruktur und Personal	15
4.1 Vereinsvorstand	15
4.2 Vereinspräsidium	15
4.3 Mitgliedsfirmen	16
5 Finanzen	16
6 Weiterführende Informationen	16
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	16
8 Einzelnachweise	16

Kurzdarstellung und Geschichte

Der Förderkreis Deutsches Heer e.V. ist eine 1995 gegründete Lobbyorganisation der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.

Ziel des Vereins ist es, den Mitgliedern Zugang zu politischen Entscheidungsträger:innen zu verschaffen. Nach eigenen Angaben ist der Zweck aber auch "die Förderung gemeinschaftlicher Interessen der Mitglieder gegenüber Staat und Gesellschaft, [...] sowie deren Vertretung gegenüber nationalen und internationalen Organisationen und Stellen."^[1]

Lobbystrategien und Einfluss

Die Einbindung von Parlamentarier:innen, zu denen auch Mitglieder des Verteidigungs- und Haushaltsausschusses gehören, in den Förderkreis Deutsches Heer (FKH) verschafft der Rüstungsindustrie einen privilegierten Zugang zu Personen, die über die Höhe des Verteidigungshaushalts und die Bewilligung von militärischen Großprojekten entscheiden.

Die Lobby-Aktivitäten des FKH reichen von Info-Lunches und Parlamentarischen Abenden bis hin zur Organisation von Symposien und der Betreuung von gemeinsamen Auftritten auf Rüstungsmessen. Die Veranstaltungen sind auf der [Website](#) abrufbar.

Mit dem Arbeitskreis "Young Leaders" des FKH sollen junge Führungskräfte aus Politik, Wirtschaft und Heer schon frühzeitig vernetzt werden.^[2] Der FKH veröffentlicht weiterhin den InfoBrief Heer, der zweimonatlich in gedruckter sowie einer Online-Fassung erscheint.^[3]

Auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE zum Einfluss der Rüstungslobby auf verteidigungspolitische Entscheidungen antwortete die Bundesregierung, dass sie in der engen Zusammenarbeit von Rüstungsindustrie und Parlamentarier:innen kein Problem sieht.^[4]

Im deutschen Lobbyregister gibt der Förderkreis Deutsches Heer an (Stand: März 2025) im Jahr 2023 mindestens 1.110.000 Euro für Lobbytätigkeiten ausgegeben zu haben und einen Lobbyisten zu beschäftigen.^[5]

Fallstudien und Kritik

2023: Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) zur Mitgliedschaft im Förderkreis Deutsches Heer e.V

In einem Interview mit Tilo Jung im Juni 2023 äußerte sich die ehemalige Vorsitzende des Verteidigungsausschusses und FDP-Abgeordnete Marie-Agnes Strack-Zimmermann zu ihrer Funktion im Förderkreis Deutsches Heer. Die Frage, ob sie sich vor dem Hintergrund ihrer Präsidiumsmitgliedschaft im Förderkreis Deutsches Heer e.V als Lobbyistin bezeichne, verneinte Strack-Zimmermann wiederholt. Obwohl Jung sie darauf hinwies, dass sich sowohl der Förderkreis Deutsches Heer als auch die [Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik](#) als Lobbyorganisationen verstehen, blieb Strack-Zimmermann bei ihrem Urteil. Strack-Zimmermann war bis Mai 2023 Präsidiumsmitglied in der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik und bis November 2023 im Präsidium des Förderkreis Deutsches Heer. "Das sind zwei Rüstungslobbys wo du Mitglied bist, du bist aber keine Lobbyistin?" fragte Tilo Jung. "Nein ich bin keine Lobbyistin" so Strack-Zimmermann.^[6]

Sie sehe ihre Rolle nicht darin, der Rüstungsindustrie durch ihre Tätigkeit zu mehr Profit zu verhelfen. "Ich lobbyiere für die Sicherheit der Menschen in diesem Land und darüber hinaus in Europa."^[6]

LobbyControl kritisierte bereits 2022 die Positionen Strack-Zimmermanns in der Rüstungslobby. Ihre Tätigkeit als Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestages und ihre Funktion als Präsidiumsmitglied des Förderkreises Deutsches Heer sei nicht vereinbar. "Damit steht und spricht sie auch für die Organisation. Mehr Abstand wäre für eine Ausschussvorsitzende wünschenswert", so Timo Lange, Campaigner für Lobbyregulierung bei LobbyControl^[7].

2018: Lars Klingbeil (SPD) zur Mitgliedschaft im Förderkreis Deutsches Heer e.V.

Lars Klingbeil, seit Dezember 2021 Bundesvorsitzender der SPD, äußerte sich 2018 auf Anfrage bei *abgeordnetenwatch.de* zu seiner ehemaligen Tätigkeit im Präsidium des Förderkreises Deutsches Heer: „Als ich von der SPD-Fraktion gefragt worden bin einen Platz im Präsidium des Förderkreises Deutsches Heer zu besetzen habe ich zugesagt, weil dort wichtige Debatten zur Zukunft des Heeres geführt werden und ich meine Perspektive mit den Erfahrungen aus meiner Heimatstadt Munster in die Debatten einbringen wollte. Die Mitgliedschaft im Präsidium des Förderkreises Deutsches Heer habe ich unter anderem auf meiner Abgeordnetenseite des Deutschen Bundestages dokumentiert.

Inzwischen nehme ich diese Tätigkeit im Präsidium des Förderkreises nicht mehr war, aber habe von meinem parlamentarischen Engagement für die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr nichts zurück zu nehmen.“^[8]

2010: Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE

Im März 2010 stellte die Bundestagsfraktion DIE LINKE eine Kleine Anfrage in der sie unter anderem die Gemeinnützigkeit von Vereinen wie dem Förderkreis Deutsches Heer, der **Gesellschaft Sicherheitspolitik** (GSP) und der **Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik** (DWT) infrage stellt.

Unternehmen, die Mitglieder des DWT und des FKH sind, haben zwischen 2005 und 2010 ca. 3,7 Mio. Euro an **CDU**, **CSU**, **FDP** und **SPD** gespendet.

2005 - 2010 erhielten CDU und CSU von der **Würth-Gruppe**, der **Commerzbank AG**, **Daimler AG**, **EADS**, **Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co. KG**, **Rheinmetall AG**, **SAP Deutschland AG & CO. KG**, **ESG Elektronik System und Logistik GmbH**, **Rohde & Schwarz GmbH** und der **Zeppelin-Gruppe** insgesamt 2.020.450 Euro. Die SPD erhielt von der **Daimler AG**, **EADS** und **Commerzbank AG** insgesamt 1.151.000 Euro.

Die FDP bekam von der **Commerzbank AG**, der **Daimler AG**, der **Würth-Gruppe** und **Rheinmetall AG** insgesamt 501.900 Euro. Außerdem stellt die LINKE in ihrer kleinen Anfrage die Vermutung an, "dass die Rüstungsindustrie über oben genannte Vereine in organisierter und systematischer Form immensen Einfluss auf wehr- und haushaltspolitische Entscheidungen von Bundestag und Bundesregierung nimmt, um wirtschaftliche Interessen der Rüstungsindustrie zu fördern."^[4]

2009: Bundestagsabgeordnete nehmen Einfluss auf einen staatlichen Rüstungsauftrag

Im Dezember 2009 berichtete der Spiegel, dass die Abgeordneten **Bernd Siebert** und **Johannes Kahrs**, beide Mitglieder im FKH, die Anschaffung von Patrouillen-Fahrzeugen im Interesse der Rüstungsindustrie verzögert hatten. Die beiden Abgeordneten zögerten den Kauf eines vom Verteidigungsministerium favorisierten Patrouillenfahrzeuges des Rüstungskonzerns **Mowag** hinaus. So erhofften sie sich das Konkurrenzprodukt des Rüstungsunternehmens **Krauss-Maffei Wegmann** (KMW), ebenfalls Mitglied im FKH, in eine bessere Position für den Auftrag zu bringen. Die Wahlkreise der beiden Abgeordneten Siebert und Kahrs hatten laut Angaben des Spiegels über mehrere Jahre größere Spenden von KMW erhalten.^[9]

2009: Abgeordnete verschweigen Mitgliedschaft im FKH

Im August 2009 deckte die Nachrichtenagentur dpa auf, dass mehrere Bundestagsabgeordnete Nebentätigkeiten bei rüstungsnahen Vereinen verschwiegen hatten. Unter anderem waren darunter die beiden SPD-Abgeordneten **Gerd Höfer** und **Johannes Kahrs**, die beide Mitglieder im Präsidium des FKH waren. Beide hatten bestritten, dass es eine Veröffentlichungspflicht gebe. Als Mitglied des Verteidigungsausschuss äußerte sich Höfer wie folgt: „Die Tätigkeit ist ehrenamtlich, braucht also nicht angezeigt werden.“ Jedoch mussten sie nach den Verhaltensregeln für Abgeordnete offen gelegt werden.^[10]

Organisationsstruktur und Personal

Vereinsvorstand

- Wolfgang Köpke, Präsident, Generalleutnant a.D.
- **Ralf Ketznel**, Vizepräsident Industrie, Vorsitzender der Geschäftsführung beim Rüstungskonzern **Krauss-Maffei Wegmann**
- Joe Weingarten, Vizepräsident Politik, bis 2025 MdB für die SPD, ehemaliges Mitglied im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestag (zuvor: Henning Otte, Vizepräsident Politik, MdB für die CDU, Stellv. Vorsitzender im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestags^[11])

Stand März 2025:

Vereinspräsidium

Das Präsidium besteht aus mindestens 12 und höchstens 15 gewählten Mitgliedern, die auf der FKH-Webseite nicht genannt werden. Mitglieder sind unter anderem:

- Wolfgang Hellmich, MdB für die SPD^[12]
 - Obmann im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages
 - Mitglied im Gremium "Sondervermögen Bundeswehr"
 - Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der NATO
- Reinhard Brandl, MdB für die CSU^[13]
 - Mitglied im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages
 - Mitglied im Gremium „Sondervermögen der Bundeswehr“
 - Vizepräsident der **Gesellschaft für Sicherheitspolitik**

- Vorsitzender des Beirats „Sicherheit und Verteidigung“ der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)

bis November 2023 war [Marie-Agnes Strack-Zimmermann](#) (FDP), ehemalige Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestags, Mitglied des Vereinspräsidiums

(Stand: März 2025)

Mitgliedsfirmen

Fast alle wichtigen Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik unterstützen die Arbeit des Vereins als [fördernde Mitglieder](#). Hierzu gehören z.B. [Boeing Deutschland](#), [Glock](#), [Heckler & Koch](#), Lufthansa Technik, [Mercedes-Benz](#) und [Rheinmetall](#).

Finanzen

Der Etat wird überwiegend durch Mitgliedsbeiträge finanziert.^[14]

Weiterführende Informationen

- [Antwort auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion - Einfluss der Rüstungslobby auf verteidigungspolitische Entscheidungen](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Vereinszweck](#), fkhev.de, abgerufen am 12.07.2023
2. ↑ [Förderkreis Deutsches Heer e.V.: Arbeitskreis Young Leaders](#), fkhev.de, abgerufen am 04.02.2014
3. ↑ [Förderkreis Deutsche Heer e.V.: InfoBrief Heer](#), fkhev.de, abgerufen am 04.02.2014
4. ↑ ^{4,04,1} [Antwort auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion - Einfluss der Rüstungslobby auf verteidigungspolitische Entscheidungen](#), bundestag.de vom 21.04.2010, abgerufen am 04.02.2014
5. ↑ [Förderkreis Deutsches Heer e.V. lobbyregister.bundestag.de](#), abgerufen am 25.03.2025
6. ↑ ^{6,06,1} [Verteidigungspolitikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann \(FPD\) - Jung & Naiv: Folge 646](#) youtube.de, 15.06.2023, abgerufen am 23.06.2023
7. ↑ [Verflechtungen mit der Rüstungsindustrie? Lobbycontrol kritisiert Strack-Zimmermann](#) presseportal.de, 08.05.2022, abgerufen am 23.06.2023
8. ↑ [Frage an Lars Klingbeil \(SPD\)](#) abgeordnetenwatch.de, abgerufen am 28.04.2022
9. ↑ [Schraube locker](#), spiegel.de, 06.12.2009, abgerufen am 04.02.2014
10. ↑ [Mitgliedschaft verschwiegen: Nähe zur Rüstungslobby](#), rundschau-online.de, abgerufen am 04.02.2014
11. ↑ [Henning Otte](#), Webseite, abgerufen am 23.06.2023.

12. ↑ Wolfgang Hellmich, Webseite des Bundestages, abgerufen am 23.06.2023.
13. ↑ Reinhard Brandl, bundestag.de, abgerufen am 09.09.2023
14. ↑ Einnahmen-Ausgaben-Rechnung 2023, lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 25.03.2025

Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Jetzt spenden!

Die **Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik** (DWT) ist ein von der Rüstungsindustrie dominierter Netzwerkverein, bei dessen Treffen und Diskussionsrunden Vertreter:innen der Rüstungsindustrie, Bundestagsabgeordnete sowie Mitarbeiter:innen des Bundesverteidigungsministeriums Fragen der Rüstungspolitik und Wehrtechnik erörtern.

Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik
(DWT)



Rechtsform eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich Rüstungsunternehmen, MdBs, Vertreter des Verteidigungsministeriums und Militärs erörtern Fragen der Rüstungspolitik und Wehrtechnik
Gründungsjahr 1957
Hauptsitz Hochstadenring 50, 53119 Bonn
Lobbybüro
Lobbybüro EU
Webadresse www.dwt-sgw.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	18
2 Einflussnahme und Lobbystrategien	18
2.1 Verbindungen	19
3 Organisationsstruktur und Personal	19
3.1 Vorstand	19
3.2 Präsidium	19
3.3 Repräsentanz in Brüssel	20
3.4 Gremien und Arbeitskreise	20
3.5 SGW	21
4 Weiterführende Links	21
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	21
6 Einzelnachweise	21

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik (DWT) ist 1957 auf Initiative der Rüstungsabteilung des **Bundesministeriums der Verteidigung** (BMVg) gegründet worden. Zweck des Vereins ist die Förderung der Bildung in den Bereichen Wehrtechnik, Verteidigungswirtschaft, Bündnisfähigkeit und Sicherheitspolitik (§ 2 der Satzung vom 7. Mai 2013). Dazu bietet der Verein allen Interessierten aus Öffentlichkeit, Politik, Bundeswehr, Wirtschaft, Verbänden, Wissenschaft und Forschung eine neutrale Plattform für den Dialog. Die DWT verweist auf ihrer Webseite als Vorteil einer Mitgliedschaft u. a. auf ihr "Netzwerk aus Politik, Bundeswehr und anderen Organen der Exekutive, der Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung sowie der Medien."^[1] Zu den Veranstaltungen gehören Vorträge, Workshops, Gesprächsrunden und Parlamentarische Abende. Die DWT ist als gemeinnützig anerkannt und hat dadurch bedeutende Steuervorteile. Dies haben eine Reihe von Bundestagsabgeordneten Ende August 2015 kritisiert.^[2]

Einflussnahme und Lobbystrategien

Der Rahmen der DWT erlaubt der Rüstungsindustrie, bereits im Vorfeld parlamentarischer Entscheidungsprozesse, informell Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen. Dabei bringen Rüstungsunternehmen zwangsläufig auch ihre Interessen an geplanten Rüstungsprojekten der Bundesregierung ein. Interessengruppen, die an Abrüstung oder der Begrenzung von Rüstungskosten interessiert sind (z. B. Friedensinitiativen) sind in dem Verein nicht vertreten.

Das Zusammenwirken von Rüstungsunternehmen und Parlamentarier:innen birgt die Gefahr, dass rüstungspolitische und wehrtechnische Entscheidungen von den zuständigen parlamentarischen Gremien in intransparente Gesprächsrunden verlagert werden, in denen die entsprechende Distanz zwischen den Abgeordneten und der Rüstungsindustrie fehlt.

In Berlin veranstaltet die DWT Gesprächs- und Diskussionsrunden mit

- Wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen der Abgeordneten im Deutschen Bundestag: "Gespräch wiss MA von MdB mit Experten"
- der sicherheitspolitischen Szene in der Hauptstadt: "Parlamentarischer Abend"
- wichtigen Gesprächspartnern aus Parlament, Ministerien, Arbeitskreisen: "Berliner Gespräch des AKM"^[3]

Auch in Brüssel werden Diskussionsrunden organisiert. Daneben werden die DWT-Industrietreffen am Standort SHAPE (ca. 60 km südlich von Brüssel in der Nähe von Mons) veranstaltet. Das "Brüsseler Gespräch" wird im Haus der Konrad-Adenauer-Stiftung veranstaltet.^[4]

Verbindungen

- Die DTW ist Gründungsmitglied der [European Federation of Defence Technology Associations](#) (EDTA)^[5]
- Vereinbarungen zur Zusammenarbeit bestehen mit:
 - [Gesellschaft für Sicherheitspolitik](#) (GSP) (ehemals Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik (GfW)^[6])
 - [Carl-Cranz-Gesellschaft](#) (CCG)
 - [Deutscher Bundeswehrverband](#) (DBwV)
 - [Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr](#)(VdRBw)
 - [Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V.](#)
- Gemeinsame Veranstaltungen gibt es auch mit:
 - [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#) (DGAP) und
 - [Förderkreis Deutsches Heer](#)^[7]

Mit der [Konrad-Adenauer-Stiftung](#) wurde das "Wiesbadener Forum zur Sicherheitspolitik" veranstaltet.

Organisationsstruktur und Personal

Im Dezember 2021 zählte die DWT 1 150 Mitglieder.^[8] 2020 waren dies 262 fördernde und 797 persönliche Mitglieder.^[9]

Eine Liste der fördernden Mitglieder konnte [ehemals hier](#) abgerufen werden. Mitglieder des DWT e.V. waren laut eigenen Angaben im Jahr 2016 zu 50% Angehörige der Bundeswehr, ob aktiv oder im Ruhestand, 40% aus der Wehr- und Sicherheitswirtschaft und rund 10% der Mitglieder aus Forschung, Politik und sonstigen Betätigungsfeldern.^[10]

Vorstand

- Wolfgang Döring, Generalmajor a.D. (Vorstandsvorsitzender)
- Matthias Witt, Geschäftsführer WIMCOM GmbH (Stellvertretender Vorsitzender)
- [12 weitere Mitglieder](#), unter anderem aus den Unternehmen [Rheinmetall AG](#) und [Airbus Defence&Space GmbH](#)

(Stand: März 2025) Quelle: ^[11]

Präsidium

Das Präsidium setzt sich aus ca. 40 Mitgliedern zusammen.

Folgende Unternehmen sind über Mitglieder im Präsidium vertreten:

- Diehl Defence (Vorstandsmitglied Claus Günther - Präsident des DWT)
- ThyssenKrupp Marine Systems GmbH
- Daimler Truck AG
- Airbus Defence and Space GmbH

Zu den Präsidiumsmitgliedern zählten unter anderem folgende (ehemalige) Mitglieder des Deutschen Bundestags im Verteidigungsausschuss:

- Kerstin Vieregge (CDU) - Vizepräsidentin DTW
- Wolfgang Hellmich (SPD)
- Dirk Vöpel (SPD)
- Marcus Faber (FDP) - (Vorsitzender des Verteidigungsausschusses 06/2024 - 2025)
- Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) bis 2023 - (Vorsitzende des Verteidigungsausschusses 2021-2024)
- [Florian Hahn](#) (CSU) bis 2017
- [Henning Otte](#) (CDU) bis 2017
- Lars Klingbeil (SPD) bis 2017

(Stand: März 2025) Quelle: ^[12]

Repräsentanz in Brüssel

Die Mitglieder des Beirats der Repräsentanz in Brüssel waren [hier](#) abrufbar. Neben Vertreter:innen der Rüstungswirtschaft und Militärs gehörten dazu u.a.

- Christian Forstner, [Hanns-Seidel-Stiftung](#)
- Stefan Gerold, [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)

Mittlerweile sind Informationen über den Beirat in Brüssel nicht mehr zu finden.

Im [Transparenzregister der EU](#) ist die DWT nicht gelistet, durchaus aber einige ihrer Mitglieder wie die [Rohde & Schwarz GmbH & Co. KG](#) und die [Diehl Stiftung & Co. KG](#).^{[13][14]} Die, für die Diehl Stiftung & Co. KG mit EU-Beziehungen beauftragte Person, Tobias Kaiser, (Director Business Development EU und Vorstandsmitglied des DWT) ist laut DWT Website gleichzeitig Ansprechpartner des DWT Büros in Brüssel.^[15]
^[13]

Gremien und Arbeitskreise

Arbeitskreis Mittelstand (AKM) Im Arbeitskreis Mittelstand sind laut dem [Jahresbericht 2019](#) 489 Mitglieder organisiert, davon 209 fördernde Unternehmen, sowie andere Fördermitglieder wie auch persönliche Mitglieder.^[16]

Initiativkreis Zukunft (IKZ) Der seit Dezember 1999 bestehende Initiativkreis Zukunft (IKZ) der DWT ist eine Dialog- und Informationsplattform, die sich an Verantwortungs- und Entscheidungsträger in den Streitkräften, in der Bundeswehrverwaltung, Verteidigungswirtschaft, Politik, Wissenschaft oder Forschung richtet und regelmäßig Veranstaltungen organisiert.^[17]

Sektionen Die Sektionen sind die regionalen Interessensverbände der DWT, die sich das Bundesgebiet in 14 Regionen aufteilen.

Wehrtechnische Arbeitskreise (wt-AKs) Die Arbeitskreise sind etablierte Zusammenkünfte (von Mitgliedern) der DWT, die sich mit fachlichen Spezifika der Wehrtechnik befassen. Die Arbeitskreise sind etwa: „Arbeitskreis Akustik“, „Elektrische Energietechnik“, „Marine Workshop“, „Optik und Optronik in der Wehrtechnik“.^[18]

SGW

Die Studiengesellschaft der DWT mbH (SGW) ist eine wirtschaftlich selbstständige Tochter der DWT, die Tagungen durchführt. Sie ist dabei dem Zweck der DWT verpflichtet und setzt sich entsprechend ein zur "Förderung von Bildung in den Bereichen Wehrtechnik, Verteidigungswirtschaft, Bündnisfähigkeit und Sicherheitspolitik[...]."^[19]

Im Rahmen von Vorträgen und Diskussionsrunden kommen Vertreter:innen von Streitkräften, der Verteidigungswirtschaft aber auch aus Forschung und Politik wie anderen Institutionen zusammen. Ausdrücklich ausgeschlossen seien von solchen Zusammenkünften "die konkrete Geschäftsanbahnung, jegliche Vertragsverhandlung, die Absprache über wirtschaftliches Handeln sowie die Beeinflussung von Entscheidungen."^[20]

Weiterführende Links

- [Fragwürdige Ehrenämter, die Rüstungslobby im Bundestag](#), Blogbeitrag von Christina Deckwirth, LobbyControl,
- [Nebenjobs in Lobbyvereinen: Wie die Rüstungsindustrie Politiker umgarnt](#), Blogbeitrag von Benita Schwab, Abgeordnetenwatch.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Ihre Vorteile](#), Webseite dwt, abgerufen am 11.10.2013
2. ↑ [Abgeordnete: Steuerprivileg von Lobbygruppen streichen](#), Stuttgarter Nachrichten, 31. August 2015, abgerufen am 02.09.2015
3. ↑ [DWT-Jahresplanung 2025 - Zentrale Veranstaltungen](#), dwt-sgw.de, abgerufen am 25.03.2025
4. ↑ [Anmeldung zum Brüsseler DWT-Gespräch 2/2019](#), dwt-sgw.de, abgerufen am 07.04.2022
5. ↑ [European Federation of Defence Technology Associations](#), Webseite der EDTA, abgerufen am 10.01.2022.
6. ↑ [Geschichte der GSP](#) Webseite der GSP, abgerufen am 10.01.2022.
7. ↑ [IZK Berliner Querschuss](#), dwt-sgw.de von 2018, abgerufen am 14.04.2022
8. ↑ [Lobbyliste](#), Deutscher Bundestag vom 13.12.2021, abgerufen am 10.01.2021.
9. ↑ [DWT Intern 1-2021](#), Webseite DWT, abgerufen am 10.01.2022

10. ↑ [Sind Sie auch schon Mitglied der DWT?](#), Perspektiven 2016 der Verteidigungswirtschaft, Konferenzbroschüre, dwt-sgw.de, abgerufen am 10.01.2022.
11. ↑ [\[1\]](#), Webseite DWT, abgerufen am 02.01.2022.
12. ↑ [\[2\]](#) Webseite DWT, abgerufen am 02.01.2022.
13. ↑ ^{13,013,1} [EU Transparenz Register Diehl Stiftung & Co. KG](#), transparency-register.europa.eu, abgerufen am 26.03.2025
14. ↑ [EU Transparenzregister - Rohde & Schwarz GmbH & Co. KG](#), transparency-register.europa.eu, abgerufen am 26.03.2025
15. ↑ [Ihre Ansprechpartner - Die DWT und ihre Studiengesellschaft](#), dwt-sgw.de, abgerufen am 26.03.2025
16. ↑ [Arbeitskreis Mittelstand Jahresbericht 2019](#), Webseite DWT, abgerufen am 10.01.2022.
17. ↑ [Der Initiativkreis Zukunft \(IKZ\) der DWT - Denken ohne Schranken! - Der IKZ im Profil](#), dwt-sgw.de, abgerufen am 25.03.2025
18. ↑ [Wehrtechnische Arbeitskreise](#), Webseite DWT, abgerufen am 10.01.2022.
19. ↑ [Studiengesellschaft der DWT mbH \(SGW\)](#), Webseite DWT, abgerufen am 10.01.2022.
20. ↑ [Studiengesellschaft der DWT mbH \(SGW\)](#), Webseite DWT, abgerufen am 10.01.2022.